



Junge Europäer – JEF Baden-Württemberg e.V.



Antragsteller: Landesvorstand „Junge Europäer – JEF Baden-Württemberg“

Thema: Ein Regierungsprogramm für die neue Europäische Kommission

Antrag:

„Vom 22. bis 25. Mai haben mehr als 380 Millionen Wahlberechtigte ein neues Europäisches Parlament gewählt. Erstmals haben die im Europaparlament vertretenen Fraktionen Spitzenkandidaten für die Wahl aufgestellt in der Intention, die Europäische Kommission stärker dem Parlament gegenüber rechenschaftspflichtig zu machen und den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, mit ihrer Stimme auch den Präsidenten der Europäischen Kommission zu bestimmen. Damit ist die Europäische Kommission bürgernäher und demokratischer geworden.

Dieser mutige Schritt des Europaparlaments ist zu begrüßen. Gleichzeitig liegen aber große Herausforderungen vor der Europäischen Union, die nun zügig und entschlossen angegangen werden müssen. Vor diesem Hintergrund fordern die Jungen Europäer – JEF Baden-Württemberg von der neuen Europäischen Kommission:

Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen

1) Oberste Priorität muss die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit haben! 6 Millionen Junge Menschen in der EU sind ohne Job. Das ist ein untragbarer Zustand, der langfristig sozialen Sprengstoff birgt. Es muss alles getan werden, um das Entstehen einer „verlorenen Generation“ zu verhindern. Die EU-Jugendgarantie ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, jedoch kein ausreichender¹. Die Mittel dazu sollten weiter ausgebaut werden und das Alter der Bezugsberechtigten auf 30 angehoben werden. Langfristig ist darüber nachzudenken, eine europäische Arbeitsagentur zu schaffen, welche die Arbeit der nationalen Arbeitsagenturen koordiniert und ergänzt. Aufgabe der europäischen Arbeitsagentur ist es insbesondere, die innereuropäische Mobilität zu fördern. Hierzu soll sie auch mit adäquaten finanziellen Mitteln ausgestattet sein, um den Reiseaufwand für Bewerbungsgespräche oder auch Sprachkurse bezuschussen zu können.

Grenzenloses Lernen ermöglichen

2) Erasmus weiter auszubauen. Die Bündelung der bisherigen EU-Programme für lebenslanges Lernen, Jugend und Sport sowie der Kooperationsprogramme im Hochschulbereich zu Erasmus Plus ist begrüßenswert. Zusätzlich bedarf es aber insbesondere für Auszubildende oder für Arbeitnehmer noch weiterer Anreize dafür, einen Lebensabschnitt im europäischen Ausland zu

¹ Die Jugendgarantie soll jedem Menschen unter 25 innerhalb von vier Monaten nach Abschluss der Ausbildung oder nachdem sie arbeitslos geworden sind, ein qualitatives Angebot – Arbeitsstelle, Ausbildungsplatz, Praktikum oder Fortbildung – bieten.

verbringen. Hierfür müssen die europäischen Arbeitgeber besser vernetzt werden. Analog zu binationalen Studiengängen sollen beispielsweise auch binationale Ausbildungen etabliert werden. Auch muss die Möglichkeit geschaffen werden, dass Auszubildende ein 'Auslandssemester' einlegen können.

Eigene Finanzmittel für die EU

3) sich einzusetzen für EU-Steuern. Die Europäische Union muss in der Lage sein, eigene Steuern erheben zu können. Beispielsweise könnten die Einnahmen aus der Versteigerung der CO₂-Zertifikate allein dem EU-Haushalt zufließen oder eine einheitliche europäische Luftverkehrsabgabe geschaffen werden. Die Kürzungen beim EU-Haushalt bedeuten eine Rolle rückwärts und senden ein fatales Signal. Der Anteil des EU-Haushaltes am EU-BIP ist kleiner als die Haushaltsdefizite der Mitgliedstaaten! Die Europäische Union braucht langfristig ein starkes föderales Budget.

Ein europäisches Asylrecht

4) endlich ein humanes europäisches Asylrecht zu schaffen. Die Dublin-III Verordnung muss ersetzt werden durch ein Regelwerk, welches die Aufnahme der Flüchtlinge solidarisch verteilt statt die Verantwortung allein dem Erst-Land aufzubürden. Die EURODAC-Datenbank muss abgeschafft werden. Ferner muss endlich ein rechtlicher Rahmen zur legalen Einwanderung geschaffen werden.

Europäischen Bundesstaat gründen

5) Konkrete Schritte hin zur Erlangung des Ziels einer Politischen Union in Form eines europäischen Bundesstaats zu unternehmen. Die Europäische Kommission soll in der nächsten Legislaturperiode einen Konvent unter Beteiligung der Zivilgesellschaft und des Europaparlaments initiieren. Dieser Konvent soll eine Verfassung für einen europäischen Bundesstaat entwerfen, die von den Bevölkerungen angenommen werden muss.“